



Ausgabe 13/2011

# Newsletter



Eine Information von BZÖ-Klubobmann und Bündnisobmann **JOSEF BUCHER**



## „Genug gezahlt!“ : Klares Nein zu neuen Steuern! Nur BZÖ steht gegen drohende Belastungswelle!

Von Experten erhält das BZÖ ungebrochen Unterstützung für seine Forderung, das Budget nicht über Steuererhöhungen, sondern über Einsparungen und Reformen zu sanieren. Dabei ist das BZÖ die einzige Partei, die noch gegen die drohende Belastungswelle eintritt, SPÖ, ÖVP, Grüne und FPÖ liefern sich einen Belastungswettlauf mit immer neuen Steuerideen! In einem offenen Brief (siehe Rückseite) bekräftigte BZÖ-Obmann Josef Bucher nun die Notwendigkeit einer gemeinsamen Reformoffensive.

Dass eine Sanierung des Staatshaushalts auf Basis von Reformen nicht nur Gebot der Stunde, sondern auch möglich ist, beweist etwa auch Wirtschaftsprofessor Friedrich Schneider. Er präsentierte vier konkrete Maßnahmen, die bereits

ausreichen würden, eine Defizitreduzierung von jährlich zwei Milliarden Euro rein ausgabenseitig zu erreichen!

BZÖ-Obmann Josef Bucher zeigt wenig Verständnis dafür, dass die Regierung, flankiert von Grünen und FPÖ, ständig neue Ideen für massive Steuererhöhungen wälzt: „Wie immer mehr Experten bestätigen, braucht es keine höheren Steuereinnahmen, um den Schuldenberg abzutragen.“ Jüngste Beispiele des grassierenden Belastungswahnsinns: die SPÖ präsentierte ein Belastungspaket mit 24 (!) Steuerideen, ohne einen einzigen, echten Reformansatz. Die Grünen unterstützen diesen Belastungskurs, und die FPÖ will gar den leidgeplagten Autofahrern in die Tasche greifen. Besonders abenteuerlich die ÖVP, die seit Wochen völlig unkoordiniert zwischen Steuererhöhungen und den Reformplänen des BZÖ schwankt.

Das BZÖ hat daher als erste Partei bereits vor Wochen einen umfassenden Reformplan mit sieben konkreten Punkten mit einem Einsparungspotential in Milliardenhöhe vorgelegt, darunter umfassende Reformen in Politik und Verwaltung, eine Abschaffung von Pensionsprivilegien, Privatisierungen bei den Energieversorgern, der ÖBB oder den Bundesforsten, und ein Abbau des Förder(un)wesens.

Denn, so Bucher dazu: „Staatspolitische Verantwortung bedeutet, jetzt durch Reformen Strukturen zu schaffen, die unseren Staatshaushalt langfristig sanieren und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs sichern, anstatt nur Symptome zu bekämpfen!“

Das 7-Punkte-Grundsatzpapier des BZÖ zum  
Download auf: [www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)

[www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)

[www.genuggezahlt.at](http://www.genuggezahlt.at)

[www.josef-bucher.at](http://www.josef-bucher.at)

[www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)



**JAHRES  
AUFTAKT  
22.01.12  
STUDIO 44 | WIEN**

**WIR LADEN SIE EIN,  
DABEI ZU SEIN!**

**SONNTAG, 22.01.2012  
BEGINN: 10.30 UHR**

**STUDIO 44 | RENNWEG 44 | 1030 WIEN**

Für die An- und Abreise aus den Bundesländern werden über die Landesgeschäftsstellen Mitfahrgelegenheiten angeboten!

## Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

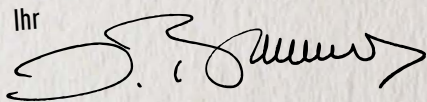
In nicht einmal dreißig Jahren haben **ÖVP und SPÖ** auf völlig verantwortungslose Art und Weise einen **Schuldenberg von über 250 Milliarden Euro** angehäuft und jenes **Geld verprasst, das unsere Kinder und Enkelkinder überhaupt erst verdienen müssen**. Wenn wir damit nicht sofort aufhören und das rot-schwarze Schuldenmachen stoppen, droht auch Österreich in den Sog der europäischen Schuldenkrise zu geraten und seinen hart erarbeiteten Status als finanziell sicheres und verlässliches Land zu verlieren – mit fatalen Folgen für Wirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätze. **Um diese Schuldenkatastrophe zu verhindern und die planlose rot-schwarze Regierung zu Reformen und zum Sparen zu zwingen, hat das BZÖ die Einführung einer Schuldenbremse vorgeschlagen**. Weil wir wollen, dass das Schuldenmachen unter Strafe gestellt wird, hat das BZÖ auch stets betont, sich seiner staatspolitischen Verantwortung zu stellen und im Interesse der Steuerzahler sowie der Zukunft der nächsten Generationen im Parlament die Verankerung einer verbindlichen Schuldenbremse für Bund, Länder und Gemeinden in der österreichischen Bundesverfassung zu ermöglichen.

„Warum hat das BZÖ dann bisher seine Zustimmung zur Schuldenbremse verweigert?“ Diese Frage wurde mir in den letzten Tagen oft gestellt. Ich antworte Ihnen warum: **Weil ÖVP und SPÖ gemeinsam mit FPÖ und Grünen nicht sparen und nicht reformieren wollen, sondern ausschließlich Sie zur Kasse bitten möchten! Durch Steuererhöhungen und neue Belastungen!** Für die ist die Schuldenbremse also nichts anderes als ein Steuerturbo! **Wir vom BZÖ hingegen sagen, dass die Schuldenbremse zum Reformmotor für Österreich werden muss!** Deswegen haben wir von Beginn an drei Bedingungen für eine Zustimmung gestellt: **Erstens: Keine neuen Steuern und keine weiteren Belastungen, sondern Abbau des Schuldenberges durch Reformen und Einsparungen in Politik, Staat und Verwaltung!\*** **Zweitens: Eine gesetzlich festgeschriebene Steuergrenze, die nicht überschritten werden darf, damit Österreich wettbewerbsfähig bleibt!** **Drittens: Strenge Sanktionen und Strafen bei Verstößen gegen die Schuldenbremse!** Denn nur dann wirkt die Schuldenbremse und halten sich auch alle daran!

Ich möchte an dieser Stelle auch einen Appell an SPÖ-Bundeskanzler Faymann und ÖVP-Vizekanzler Spindelegger richten, statt über neue und höhere Steuern nachzudenken, gemeinsam mit uns vom BZÖ den Staatshaushalt zu sanieren, indem wir Österreich reformieren! **Herr Bundeskanzler, Herr Vizekanzler, setzen wir bei der Politik selbst, in der Verwaltung und beim teuren Beamtenapparat den Sparstift an! Beschließen wir die Schuldenbremse und bauen wir den Schuldenberg ab, indem wir die Staatsausgaben senken und nicht die Steuern erhöhen! Wir sind dazu bereit!**

Ihnen, geschätzte Österreicherinnen und Österreicher, wünsche ich ein schönes Weihnachtsfest und verspreche Ihnen, bis zum Schluss gegen die drohende Belastungswalze von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen zu kämpfen und für einen schlanken und bürgernahen Staat mit einer Schuldenbremse als Steuerbremse einzutreten!

Ihr



**Josef Bucher**

BZÖ-Bündnisobmann und Klubobmann



\* Als einzige Partei hat das BZÖ im Rahmen einer Grundsatzklärung bereits einen Plan zur Sanierung des österreichischen Staatshaushaltes mit sieben konkreten Punkten vorgelegt. Alle Informationen dazu finden Sie auf unserer BZÖ-Homepage [www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)

Eine Information des BZÖ-Parlamentsklubs

[www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)